
Björn Engholm: Big Blue ist überall

Über Wanderungsbewegungen in der cosmopolitanen Industriegesellschaft

Björn Engholm, geb. 1939 in Lübeck, Diplom-Politologe, Bundesminister für Bildung und Wissenschaft a. D., ist seit 1988 Ministerpräsident des Landes Schleswig-Holstein.

Vom „Fernhandel“ zum „Weltmarkt“

Als McDonald's vor einigen Monaten seine erste Fast-Food-Filiale in Moskau feierlich eröffnete, war es nicht der Kapitalismus, der da dem Kommunismus seine kulinarische Überlegenheit demonstrierte, nicht der amerikanische Coca-Cola-Kulturimperialismus, der seine fluide Herrschaft nun in Form fester Nahrung stabilisieren wollte - es war die konsequente Vervollkommnung des modernen Industrieprinzips, das längst keine Staats- oder Systemgrenzen mehr kennt: Schneller essen!

McDonald's in Moskau, Paris, London, Tokio, Denver und Duisburg. Coca-Cola in Addis Abeba, Rio de Janeiro, New York und Berlin. Toyota in Bogota, Detroit und Wolfsburg, Fiat in Warschau. Hugo Boss produziert in Fernost, und Adi Dassler kämpft wie ein Puma um den amerikanischen Markt für Leibesübungen. Erdöl kommt aus Arabien, Gas aus Sibirien, Kaffee aus Nicaragua und Schafswolle aus Neuseeland. Die globalen Abhängigkeiten der 157 souveränen Staatsgesellschaften voneinander, ihre Ausrichtung und ihre Angewiesenheit aufeinander nehmen zu. Die „Interdependenz“ wird größer; längst spricht man nicht mehr vom „Fernhandel“, sondern vom „Weltmarkt“.

Der Weltmarkt ist überall, er ist keine zentrale, sondern eine dezentrale Veranstaltung. Prinzipiell alles wird auf ihm verhandelt: Rohstoffe, Industrieprodukte, Kapital, Dienstleistungen, Filme, Know-how. Das allgemeine Äquivalent - Geld - garantiert den allseitigen Austausch überall und jederzeit.

Diese industrielle Weltkultur, die McDonald's, Toyota und die italienische Oper jedem Weltbürger, jeder Weltbürgerin zugänglich macht, mag man gut finden oder nicht. So wie die Dinge liegen, ist die Welt heute so. Und es spricht einiges dafür, daß der Prozeß der weltweiten Arbeitsteilung und der Vereinheitlichung der dezentralen „Weltmärkte“ fortschreiten wird. Auch wenn wir übrigens über unsere Überlebensprobleme nachdenken, haben wir inzwischen alle Menschen im Blick: „Global 2000“ hieß der US-Bericht zur Lage der Menschheit 1980. „Global denken - lokal handeln!“ lautet der politische Imperativ unserer Zeit.

in und out of Rosenheim

Der Übergang zur cosmopolitanen Industriegesellschaft geht sehr schnell. Wem es nicht zuviel ist, an einem Tag 8 000 DM zum reinen Vergnügen auszugeben, der kann morgens in Paris die Concorde besteigen, tagsüber in der Karibik baden und abends wieder im Quartier Latin bei einer Flasche Rotwein die Weltläufer ergründen.

Wenn man aber seit 50 Jahren in Rosenheim lebt? Es ist die Welt der Dinge, die schneller zusammenwächst als die Welt der Menschen; nicht jeder, der bei McDonald's speist, ist ein selbstbewußter Weltbürger. Mit der neuen Dingwelt mögen die Rosenheimer sich arrangieren, aber das neue cosmopolitane Bewußtsein bleibt schwierig.

Europa hat keine Schmelztiegel-Tradition; der soziale „melting pot“ ist eine amerikanische Erfindung.

Sich vor dem Fremden zu fürchten, ist lange Zeit ein ungeheures politisches Motiv in Deutschland gewesen. Wir haben es für überwunden gehalten, nun aber zeigt sich, daß es immer noch zu mobilisieren ist - als diffuse Furcht, die in ebenso diffusen Haß umschlägt. Wer sind die Fremden, vor denen manche deutschen Konsumenten des Weltmarktes sich noch immer fürchten?

Es sind erstens die ausländischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die seit Jahren, zum Teil mit ihren Familien, zum Teil schon in der zweiten Generation in der Bundesrepublik Deutschland leben. Sie haben eigene kulturelle Muster in die alltägliche Lebenswelt ihrer deutschen Mitbürgerinnen und Mitbürger eingebracht; sie haben sich etabliert. Der Zuzug ist begrenzt. Ihre Zahl liegt jetzt bei etwas über 4 Millionen.

Es sind zweitens die Deutschen nach Artikel 116 unseres Grundgesetzes, Aussiedler vor allem aus Osteuropa. Von 1950 bis 1988 sind insgesamt rund eineinhalb Millionen in die Bundesrepublik gekommen, allein 1988 etwa 200 000, dieses Jahr werden 400 000 erwartet. Hinzu kommen 1989 vermutlich 80 000 Übersiedler aus der DDR.

Es sind drittens Flüchtlinge aus aller Welt, die in der Bundesrepublik Deutschland um Asyl nachsuchen. 1988 waren das über 100 000 Menschen. Die Zahlen schwanken stark: etwa 6 000 in 1973, 108 000 in 1980, 20 000 in 1983.

Was meint denn „multikulturell“?

Wird die bislang geschlossene Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland nun zu einer „multikulturellen Gesellschaft“? So scheint am Ende der achtziger Jahre die Frage unserer aktuellen, von rechts emotionalisierten „Fremden“-Politik zu lauten. Sie ist unsinnig.

Seit Jahrzehnten leben Ausländer verschiedener Nationalitäten in diesem Land: Spanier, Italiener, Portugiesen, Türken, Jugoslawen und andere. Der höchste Stand der Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer war 1973 mit 2,6 Millionen erreicht. Die völlige Freizügigkeit im 1993 vollendeten EG-Binnenmarkt wird für viele, die gekommen sind, mehr rechtliche Sicherheit schaffen, aber kaum mehr große Wanderungsbewegungen auslösen.

Seit Jahrzehnten leben Deutsche und Dänen in Schleswig-Holstein und Jütland friedlich zusammen. Von den Grenzkämpfen der Vergangenheit sind aktive, kulturell engagierte Minderheiten nördlich und südlich der grünen Grenze gebildet. Sie sind voll integriert ins gesellschaftliche Leben der Mehrheitskultur, ohne ihre Identität aufgegeben zu haben. Deutsche in Nordschleswig und Dänen in Südschleswig unterhalten eigene Kindergärten, Schulen und Zeitungen. Wie die Deutschen in Dänemark, so haben jetzt auch die Dänen in Schleswig-Holstein ein eigenes kommunales Wahlrecht.

Aber die Aussiedler? Da kommen nach Jahrzehnten der unwilligen Integration und Assimilation Deutsche aus Polen, Rumänien oder aus der Sowjetunion, um dort zu leben, wo sie gern sein wollen: in Deutschland. Wir sehen, daß sie vielfältige kulturelle Muster aus ihren Herkunftsländern mitbringen, die für uns neu, anders, vielleicht fremd sind. Sie hingegen sehen, daß es auch eine Lernaufgabe ist, Deutsche im Staat des Grundgesetzes zu sein - und lernen. Gerade sie, die Aussiedler, wollen ihre kulturelle Identität so schnell wie möglich ändern: sich anpassen. Als Objekt linker Hoffnung auf eine womöglich bessere „multikulturelle Gesellschaft“ sind sie denkbar ungeeignet. Allerdings wird Aussiedlern gegenüber auf der Linken ohnehin eher Mißtrauen als Hoffnung entgegengebracht.

Cohn-Bendit und der „Pflasterstrand“ haben recht, wenn sie in der mehr oder weniger offenen linken Aussiedlerfeindlichkeit nur eine Variante allgemeiner Fremdenfeindlichkeit sehen. Wer in Rumänien darauf besteht, ein Deutscher zu sein, ist alles andere als ein Nazi! Und Cohn-Bendit hat ebenfalls recht, wenn er im Spiegel-Gespräch wagt, die banale Weisheit, daß eben Ausländer auch keine besseren Menschen sind, ungeniert auszusprechen.

Sozialer Mangel

Die große Wanderungsbewegung aus Osteuropa in die Bundesrepublik Deutschland am Ende der achtziger Jahre ist zweifellos eine politische Herausforderung. Zwar sind es jährlich nur einige Hunderttausend, die auf eine etablierte, insgesamt wohlhabende 60-Millionen-Gesellschaft treffen. Aber wenn sie da sind, gehören sie zu den Millionen, die auch einen Arbeitsplatz suchen, die auch eine neue, größere Wohnung brauchen, die auch gern ihr Kind in einem Kindergarten unterbringen würden. Der soziale Mangel, der da sichtbar wird, ist nicht neu; und nicht die Aussiedler sind dafür verantwortlich, daß nicht längst mehr Arbeitsplätze, Wohnungen und Kindergärten geschaffen wurden. Die Aussiedler werden zu Sündenböcken für die Sünden derselben christlich-liberalen Regierung gemacht, die intern darüber streitet, ob es in der Bundesrepublik Deutschland überhaupt eine „multikulturelle Gesellschaft“ gibt oder geben soll oder gar geben darf.

Dieses Land ist „multikulturell“ wie seine europäischen Nachbarn. Die bundesdeutsche Gesellschaft ist einerseits Teil der industriellen Weltkultur von IBM, Daimler-Benz, Madonna und McDonald's und beherbergt andererseits regionale Subkulturen aus aller Welt, mehr oder weniger assimiliert: Hierzulande wird chinesisches, griechisches, italienisches und französisches gekocht; es gibt türkische Lebensmittelgeschäfte und Koranschulen nicht nur in Kreuzberg.

Menschenwürde - Menschenrecht

Flüchtlinge aus vielen Ländern verbinden uns individuell mit den politischen Kämpfen der unterdrückten Völker. Viele, deren Recht auf Asyl anerkannt wurde, wollen, sobald es die Umstände zulassen, zurück in ihre Heimat, aus der sie fliehen mußten. Nicht alle, die kamen, werden Spuren hinterlassen. Aber manche werden bleiben, so wie auch nach dem Ende der Nazi-Herrschaft Deutsche in ihrem amerikanischen Exil geblieben sind.

Das Recht auf Asyl in Art. 16 unseres Grundgesetzes ist die Probe auf die Allgemeingültigkeit des Artikels 1: „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.“ Was auch immer Asylbewerber in die „multikulturelle Gesellschaft“ der Bundesrepublik Deutschland einzubringen haben, ihr Recht auf Asyl ist kein exotischer Luxus eines reichen Industrielandes, kein gern gewährtes Schönwetterrecht, solange die Zahl der Flüchtlinge klein und überschaubar bleibt, sondern elementares Menschenrecht.

Ein gut gemeinter Begriffszwilling

Das politische Modewort von der erstrebenswerten „multikulturellen Gesellschaft“ lebt von den Mißverständnissen, die es transportiert:

- Die Zuwanderung von Menschen aus anderen kulturellen Zusammenhängen und ihre subkulturelle Etablierung in der Bundesrepublik Deutschland ist tatsächlich nicht neu.

- Aussiedler und Asylbewerber sind nicht unter dem gutgemeinten Begriffszwilling „Ausländer“ und „multikulturelle Gesellschaft“ zusammenzufassen. Deutschstämmige Aussiedler wollen sich möglichst rasch anpassen; Flüchtlinge wollen in aller Regel in ihre Heimat zurückkehren.
- Die auf der Reduktion von kultureller Vielfalt gründende cosmopolitane Industriegesellschaft bestimmt heute wesentlicher als alle Wanderungsbewegungen die Lebensweise von Inländern und Ausländern. Big Blue - IBM - ist überall.

Was sich aus der Perspektive der neuen und alten Rechtsradikalen als ein geschlossenes Problembündel darstellt - Ausländer, Aussiedler, Asylbewerber, „Überfremdungs“-Furcht - sind ganz verschiedene, politisch differenziert zu lösende Probleme. „Multikulturell“ darf da nicht heißen: Schwamm drüber.